

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 21. Juni 1969

Blatt 1754

Gesperrt bis Sonntag, 22. Juni, 19.30 Uhr!

Wien soll sauberer und "autofreundlicher" werden  
=====

21. Juni (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Bürgermeister Bruno Marek am Sonntag, dem 22. Juni, um 19.30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien über Abwässerreinigung und Instandhaltung der Fahrbahnen.

Im einzelnen führte der Bürgermeister aus:

"Wir haben vor einigen Tagen die Kläranlage Blumental in Wien-Inzersdorf eröffnet. Ich habe aus diesem Anlaß darauf hingewiesen, wie wichtig für jede Großstadt eine vorausschauende und vorbeugende Gesundheitspolitik ist. Es genügt nicht, Spitäler zu bauen und Ärzte anzustellen, wenn wir nicht gleichzeitig dafür sorgen, daß die Menschen möglichst lange gesund bleiben, damit die Krankenhäuser nicht überlastet werden und das Personal nicht überfordert wird. Die Gemeinde Wien hat im Rahmen der Stadtbaudirektion ein eigenes Referat für Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftreinhaltung eingerichtet. Aufgabe dieser neuen Dienststelle ist es auch, für die Abwässerreinigung zu sorgen.

Wien hatte Europas erstes Kanalisationssystem

Wir folgen auf diesem wenig spektakulären, aber deshalb nicht minder wichtigen Gebiet einer kommunalpolitischen Tradition, auf die wir nicht ohne Selbstbewußtsein hinweisen können: Wien war die erste Großstadt auf dem Kontinent, die schon vor mehr als hundert Jahren mit dem systematischen Ausbau eines Kanalisationssystems begann. Vor fünfzig Jahren konnte es noch genügen, wenn die Abwässer aus den Sammelkanälen ganz einfach in die Donau geleitet wurden; man durfte auf die Selbstreinigungskraft des Stromes vertrauen. Heute ist dies leider anders geworden.

./.

Eine im Auftrag der Stadtverwaltung von Professor Liebmann in den Jahren 1962 bis 1964 durchgeführte wissenschaftliche Abwässeruntersuchung ergab, daß die Donau im Raume von Wien als ein in höchstem Maße gefährdetes Gewässer anzusehen ist. Wir haben uns daher mit dem Problem zu befassen, wie wir die Abwässer aus dem Kanalisationssystem, aus Industrie und Gewerbe auffangen und reinigen können, bevor wir sie wieder dem Wasserhaushalt der Natur überantworten. Das ist nicht nur eine gesundheitspolitische, sondern auch eine eminent volkswirtschaftliche und ernährungswirtschaftliche Aufgabe. Das Fischsterben hat in manchen Gewässern im Raume von Wien schon ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht.

Die Stadtverwaltung muß vor allem dafür sorgen, daß jene Gebiete, in denen die Quellen und Brunnen unserer öffentlichen Wasserversorgung liegen, ständig hygienisch-bakteriologisch überwacht werden. Schon kleinste Mengen von Mineralölprodukten, aber auch Verunreinigungen durch undichte Senkgruben, vermögen die Güte des Wassers entscheidend zu beeinträchtigen. Die Reinhaltung der Oberflächengewässer, der Donau und der Alten Donau, zählt ebenfalls zu vordringlichen Aufgaben des Gewässerschutzes. Wir handeln daher im Interesse der Gesundheit und der Erholung der Bevölkerung, wenn wir das großzügige

#### Projekt einer zentralen Kläranlage

verwirklichen, die alle Wiener Abwässer aufnehmen und reinigen soll. Diese Anlage wird in einer Bauzeit von acht Jahren am rechten Donauufer in Kaiser-Ebersdorf entstehen; ihre mechanische Reinigungsanlage wird schon in fünf bis sechs Jahren den Betrieb aufnehmen können. In der fertiggestellten Kläranlage werden sich die gleichen Reinigungsprozesse vollziehen wie in der Natur, mit dem einzigen Unterschied, daß sie beschleunigt und unter menschlicher Kontrolle ablaufen. Dieses Bauvorhaben gehört zu den zukunftsweisenden Projekten, die innerhalb der neuen Gemeinde-ratsperiode in Angriff genommen werden müssen.

Neuverlegungen und Ausbesserungen des Straßenpflasters und die damit verbundenen Straßensperrungen und Umleitungen zählen - wenn ich mich so ausdrücken darf - zu den Leiden der Autofahrer.

Sie zählen aber auch zu den Leiden der Stadtverwaltung, die oft wahre Kunststücke der Planung vollführen muß, damit diese Arbeiten tunlichst kurzfristig und jeweils auf möglichst begrenztem Raum durchgeführt werden können.

Das städtebauliche Grundkonzept sah unter anderem die Schaffung möglichst gerader und schneller Verbindungen zwischen den westlichen und den inneren Bezirken vor. Unter anderem war der Straßenzug Neustiftgasse - Koppstraße als Einbahn stadtauswärts und der Straßenzug Gablenzgasse - Burggasse als Einbahn stadtwärts vorgesehen. Alle dazu erforderlichen baulichen und organisatorischen Maßnahmen konnten erfolgen, sobald die Straßenbahnlinie 48 auf Autobusse umgestellt war. Das geschah im Jahre 1968. Im gleichen Jahre wurden die Neustiftgasse und die Koppstraße mit einem neuen Asphaltbelag versehen. In das Bauprogramm 1969 wurde der dringend erforderliche Austausch der alten Pflasterdecke in der Burggasse gegen eine neue Asphaltbahn aufgenommen. Die gleichzeitig erforderliche Umlegung der Versorgungsleitungen war zum Teil bereits im Winter erfolgt, so daß kürzlich mit den eigentlichen Straßenbauarbeiten begonnen werden konnte. Sie sollen bis zum Herbst dieses Jahres beendet sein.

#### Wiens Straßen werden geschmeidiger

Gleiches gilt für die Gumpendorfer Straße, die mit ihrer Verlängerung durch die Sechshauser Straße den Verkehr über die Mariahilfer Straße wesentlich entlasten soll. Auch hier war die alte Pflasterdecke den ständig zunehmenden Belastungen längst nicht mehr gewachsen. Hinzu kamen die gerade im alten Pflaster in verstärktem Maße auftretenden Winterschäden. Schon vor zwei Jahren wurde der Abschnitt Hofmühlgasse - Grabnergasse mit einem neuen Belag versehen. Nunmehr soll Strecke um Strecke die ganze Länge der Gumpendorfer Straße asphaltiert werden. Diesen Arbeiten mußten auch hier selbstverständlich die notwendigen Instandsetzungen der Versorgungsleitungen vorausgehen.

Die teilweisen Straßensperren, die in diesem Zusammenhang notwendig wurden, erfordern von den Autofahrern Verständnis und gewisse Opfer. Die Stadtverwaltung geht bei allen diesen Maßnahmen von dem Grundsatz aus, daß die Anrainerbedienung und der örtliche Geschäftsverkehr vor dem Durchgangsverkehr den Vorrang haben sollen. Dies müssen die Betroffenen vernünftigerweise einsehen. Und die Mehrzahl der Autofahrer ist dazu auch bereit. Es gibt jedoch einige Zeitungen, die grundsätzlich bei allen Maßnahmen des Straßenbaukonzepts nörgeln und unken müssen, obwohl sich längst erwiesen hat, wie kurzsichtig und einseitig ihre Kritiken sind. Ich erinnere nur daran, was alles bemängelt wurde, als wir die Lastenstraße, die sogenannte "Zweiierlinie", umbauten und dort die Straßenbahn unter die Erde verlegten. Was wurde damals nicht alles geschrieben von ungenügenden und durch die Verkehrsverhältnisse angeblich längst überholten Maßnahmen. Und was ist geschchen? Noch heute gibt es in Wien kaum einen schnelleren, bequemeren und angenehmeren Weg für die Autofahrer wie die Route zwischen Getreidemarkt und Alser Straße!

#### Nicht gleich runzen ...

Neuerdings steht nun die Koppstraße im Zentrum mißliebiger Aufmerksamkeit mancher Presseorgane. Wegen kleinerer Schäden im Asphaltbelag, die übrigens nicht zu Lasten der Gemeinde, sondern der mit den Arbeiten betrauten Firma gehen, wird von einem "Bauskandal" geschrieben, als sei die ganze Fahrbahn eingebrochen. In Wirklichkeit werden die beschädigten Stellen noch im Laufe des Juni von der haftpflichtigen Firma ausgebessert, wobei kurzfristig jeweils nur ein Fahrstreifen gesperrt werden muß.

Auch in der Wattgasse, zwischen Hernalser Hauptstraße und Ottakringer Straße, sind im Pflaster einige Schäden aufgetreten, deren Behebung ebenfalls Sache der haftpflichtigen Firma ist. Solche Fehler sind bei keinem Bauvorhaben ganz zu vermeiden, jedenfalls aber trifft die Schuld daran auf keinem Fall die Stadtverwaltung.

Auch in der Wattgasse werden halbseitige Fahrbahnsperren genügen, allenfalls wird in diesem oder jenem Abschnitt eine höchstens ein- bis zweitägige Umleitung um einen Häuserblock erforderlich werden - kleine Unbequemlichkeiten also, die alle Autofahrer sicher gerne im Interesse einer raschen Behebung der Schäden in Kauf nehmen werden.

Zuweilen habe ich fast den Eindruck, man erwarte von der Stadtverwaltung, daß sie sich entschuldigt, weil es Sommer geworden ist! Aber es ist nun einmal nicht anders, daß nur in der warmen Jahreszeit gebaut und ausgebessert werden kann und daß sich die Arbeiten daher in den Sommermonaten häufen. Dies geschieht nicht aus Bosheit oder Unvermögen, sondern ganz einfach aus simplen Witterungsgründen, denen sich auch eine Stadtverwaltung fügen muß. Ich versichere, daß wir auch bei den Straßenbauarbeiten nach Maß und Plan vorgehen und daß wir bei notwendigen Übeln den Beteiligten stets das kleinere zumuten. Wir haben Verständnis für Sie, haben Sie es, bitte, auch für die Stadtverwaltung!"

- - -

Gesperrt bis 19 Uhr!

Veranstaltungen für die "Leute vom Grund"  
=====

Heute Volkstanzfest auf dem Rathausplatz

21. Juni (RK) Vor dem Rathaus fanden heute abend die Abschlußveranstaltungen für die Festwochen 1969 statt. Sie wurden mit einer Festrede von Vizebürgermeister Gertrude Sandner eröffnet, die eher ein nachdenklicher Überblick als eine großangelegte Ansprache war.

"Der heutige Abend soll ein Abschlußakzent für die festlichen Wochen sein, die nun zu Ende gehen. Die Veranstaltung soll kein großes künstlerisches Ereignis, sondern ein familiäres Fest sein, an dem alle Wienerinnen und Wiener teilnehmen und ihre Freude haben sollen. Die Teilnahme aller ist eben das, wodurch sich die Wiener Festwochen von ähnlichen Veranstaltungen in anderen Städten unterscheiden: Sie sind nicht nur ein Fest für die Gäste, sondern auch eines, an dem sich viele Wiener beteiligen und in deren Rahmen sie neben glanzvollen Veranstaltungen auf den großen Wiener Bühnen und in den Konzertsälen unzählige 'festliche Kleinigkeiten' in den 23 Bezirken finden, die eine eigene wienerische Note für die 'Leute vom Grund' haben.

Der heutige Abend hat aber noch einen anderen Akzent: er soll beweisen, daß die Bundeshauptstadt Wien, besser gesagt, das Land Wien, mit den anderen Bundesländern innig verbunden ist und diese Verbundenheit immer wieder unter Beweis zu stellen bemüht ist. Aus diesen Überlegungen heraus ist auch das Programm des 'Bundesländertages' entsprechend abgestimmt: Kapellen, die wienerische Weisen spielen, werden neben Tanzgruppen aus den Bundesländern und Volksmusikkapellen nicht eine raffinierte Show, sondern ein Bild echter Lebensfreude aller Österreicher vermitteln.

Mit vieler Freude begrüße ich die zahlreichen Teilnehmer des Internationalen Gemeindeverbandes unter den Zuschauern, die unserer Einladung, am heutigen Fest teilzunehmen, gefolgt sind. Ich wünsche dem 'Volkstanzfest vor dem Rathaus, dem Bundesländertag' einen gelungenen Verlauf".

Bürgermeisterkongreß:Ein Weltkongreß geht zu Ende  
=====

21. Juni (RK) Nach sechs Tagen, die den rund 1.300 Delegierten des XIX. Internationalen Bürgermeisterkongresses vier Plenarsitzungen und acht Sessionen der verschiedenen Arbeitskreise bescherten, ist die IULA 1969 zu Ende gegangen. Das Hauptthema galt diesmal den finanziellen Aspekten in der Gemeindeverwaltung und wurde durch eine Reihe interessante Vorträge über die zukünftige Entwicklung unserer Städte und des unweigerlich stärker werdenden Einsatzes der Technik bei der Bewältigung kommunaler Aufgaben ergänzt.

Die Kommunalverwaltungen aller fünf Erdteile werden in den nächsten zwei Jahren - 1971 wird erst der nächste IULA-Kongreß, vermutlich in einem süd- oder mittelamerikanischen Land, abgehalten werden - jene Erfahrungen verwerten, die in der abgelaufenen Woche in Wien gesammelt, erarbeitet und ausgetauscht wurden. Die vier Arbeitskreise des abgelaufenen Kongresses, der wie gesagt in seiner Gesamtheit den Gemeindefinanzien gewidmet war, befaßten sich mit den Themen "Finanzpolitik des Staates und der Gemeinden", "Entwicklungstendenzen bei den kommunalen Steuern", "Die Finanzierung kommunaler Investitionen" und "Neue (technische) Methoden finanzieller Verwaltung".

Alles dreht sich um das Geld

Bei den Erörterungen über die Finanzpolitik der diversen Gemeinden kam ein Problem immer wieder zum Durchbruch: Es mangelt an Geld. So sehr die moderne Gesellschaft bestrebt ist, sich die Annehmlichkeiten der Technik zunutze zu machen, so wenig scheint der einzelne bereit, dafür ein Opfer zu bringen. Die Verwaltung muß also immer wieder zu regionalen und überregionalen Maßnahmen Zuflucht nehmen, um doch eine Finanzierung der notwendigen Vorhaben zu ermöglichen: zu Steuern. Hier setzten nun die Tagungsteilnehmer an, indem sie mit Hilfe der Computertechnik versuchen, erst einmal

./.

die Aufgaben zukunftsicher zu programmieren, damit das Steueraufkommen dann auch bestmöglich eingesetzt werden kann. Futurologie, die Wissenschaft von der Planung für morgen, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Der "Idealopolis", einer utopischen Idealstadt, war demnach auch eine der interessantesten Untersuchungen gewidmet. In der Auswertung dessen, was die Delegierten aus allen Teilen der Welt mit Vorrang, Nachrang und Zukunftserwartung klassifizierten, spiegelte sich das Bild der Stadt von morgen. Dieses Gedankenmodell kann selbstverständlich auch auf eine Großstadt wie Wien übertragen werden.

Neben der künftigen Entwicklung und der Planung für den Finanzeinsatz standen aber auch so interessante Fragen, wie die Finanzierung kommunaler Vorhaben durch überregionale Institutionen zur Debatte. Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß sich hier ein weltweiter Trend nach einem stärkeren Engagement des Landes gegenüber den Gemeinden abzeichnet. Gerade diese Ausführungen sind dazu angetan, auch in Wien neue Impulse herauszufordern.

Es war sehr schön, es hat uns sehr gefreut

Der IULA-Kongreß brachte der Bundeshauptstadt eine neue Anerkennung: Wien ist die erste Stadt, die zum zweiten Mal zum Tagungsort der Bürgermeistertagung gewählt wurde (der erste Kongreß hatte hier 1953 stattgefunden). Die Delegierten waren sich einig, daß sie es nicht nur mit einer gastfreundlichen Stadt zu tun hatten, sondern vor allem mit einer, deren Organisationsapparat allen internationalen Anforderungen gerecht wird. Einmal mehr erwies sich Wien als Kongreßstadt, einmal mehr zeigte eine Kompanie hübscher Hostessen, daß sie auch im babylonischen Sprachengewirr zurecht kommen können und mit Charme und Sprachkenntnissen jede Klippe zu überwinden imstande sind. Alle diese Bemühungen, die praktisch hinter den Kulissen vor sich gingen, fanden ihre Würdigung in dem klassischen Satz des alten Kaisers, der just von einem afrikanischen Delegierten gebraucht wurde.

./.



Sichtbaren Ausdruck fand die offizielle Anerkennung und der Dank der Delegierten in der Wahl des Wiener Vizebürgermeisters Felix Slavik zum Europäischen Vizepräsidenten der Organisation. Die Gesamtpräsentation der Donau-Metropole, die Rundfahrten, die Damenprogramme, der Abschiedsabend beim "Operetten-Heurigen", der immer frische Blumenschmuck im Rathaus - das alles trug mit dazu bei, diesem IULA-Kongreß 1969 nicht nur zu einem interessanten sondern auch zu einer liebenswerten Begegnung zu machen. Mit einer Plenarsitzung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses, über die die "Rathaus-Korrespondenz" noch gesondert berichtet, ist das Treffen der Dreizehnhundert heute vormittag zu Ende gegangen.

- - -

Pflegekinder kriegt nicht jedermann!  
=====

21. Juni (RK) Aus gegebenem Anlaß teilt das Jugendamt der Stadt Wien mit, daß Kinder unter 16 Jahren nur mit Bewilligung des zuständigen Bezirksjugendamtes in fremde Pflege übernommen werden dürfen. Nach den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen darf eine Bewilligung zur Übernahme eines Pflegekindes nur dann erteilt werden, wenn die künftigen Pflegeeltern Gewähr für eine sachgemäße Pflege und gute Behandlung des Kindes bieten. Außerdem müssen der Bewilligungswerber und die mit ihm in Wohngemeinschaft lebenden Personen einen guten Leumund haben und es dürfen keine Vorstrafen wegen Straftaten vorliegen, die eine Gefahr für das Wohl des Kindes besorgen lassen. Der Bewilligungswerber und die mit ihm in Wohngemeinschaft lebenden Personen dürfen weder an Krankheiten oder Gebrechen leiden, durch die das Pflegekind gefährdet werden könnte.

Der Bewilligungswerber muß überdies eine vom gesundheitlichen Standpunkt einwandfreie Wohnung haben und es dürfen keine sonstigen Gründe vorliegen, die das Wohl des Pflegekindes gefährdet erscheinen lassen.

An Personen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, kann eine Bewilligung nur in begründeten Ausnahmefällen erteilt werden.

- - -

Ehe- und Familienberatung im Sommer  
=====

21. Juni (RK) Im Monat Juli finden die Sprechstunden der Ehe- und Familienberatung der Magistratsabteilung 12, 1010 Wien, Gonzagagasse 23 nur einmal wöchentlich jeden Dienstag in der Zeit von 16.30 bis 18 Uhr statt.

Im Monat August entfallen die Sprechstunden zur Gänze. Die letzte Sprechstunde findet daher Dienstag den 29. Juli statt. Ab September werden die Sprechstunden wieder regelmäßig jeden Dienstag und Freitag abgehalten, erstmalig wieder also Dienstag den 2. September.

- - -

Bürgermeisterkongreß:Schlußplenarsitzung im Festsaal  
=====

21. Juni (RK) Daß sich die kommunale Verwaltung an einem deutlichen Wendepunkt befindet, stellte heute der Generalberichterstatter des IULA-Kongresses in der Schlußplenarsitzung fest. Im Festsaal des Wiener Rathauses, wo sich die mehr als 1300 Delegierten aus 65 Staaten zum Kongreßausklang versammelt hatten, forderte Dr. A.H. Marshall: "Das passive Vorsehen von Dienstleistungen muß einer positiven Vorwärtsentwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Wohlfahrt weichen!"

Marshall forderte die Entwicklung neuer Methoden von Bewertung und Kontrolle, gestand aber die größte Schwierigkeit der Gemeinden unumwunden zu, nämlich "die hervorstechende Ungleichheit zwischen den Einnahmsquellen und den Erfordernissen".

Für den Internationalen Gemeindeverband stellte Marshall die Forderung nach größerer Einheitlichkeit der Finanzstatistiken auf. Der Verband brauche unbedingt eine gemeinsame statistische Messung der Tätigkeiten von Kommunalbehörden.

Die Ergebnisse der Beratungen des Arbeitskreises "Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates und die Kommunalfinanzen" faßte als Berichterstatter H.J. Wytema (Holland) zusammen. Er bezeichnete es als unerläßliche Forderung, daß Kommunalbehörden rechtzeitig und umfassend von allen beabsichtigten Maßnahmen der Zentralregierung informiert werden. Nur so könne dann auch die Planung auf lokaler Ebene vernünftig gestaltet werden.

Besonderen Wert legte er auf die Feststellung, "daß innerhalb des von der Zentralregierung erstellten Wirtschaftsprogramms den Kommunalbehörden so viele Kompetenzen wie möglich eingeräumt werden müssen". Der Redner wendete diese Forderung auf die staatlichen Subventionsmittel für Kommunen an: "Den lokalen Verwaltungen muß beim Einsatz dieser Gelder vollkommen freie Hand gelassen werden."

Entwicklungstendenzen der kommunalen Steuern

Dem Abschlußbericht der Arbeitsgruppe B zufolge ist das weltweite Problem der Diskrepanz zwischen Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden nirgendwo zufriedenstellend gelöst worden. Auch die Diskussionsbeiträge konnten keine allgemeingültige Aussage darüber erbringen, wie man's machen sollte, um allem gerecht zu werden. Die diversen Alternativen schwanken von der absoluten Finanzhoheit der einzelnen Städte bis zur "Mischfinanz" Stadt-Land beziehungsweise Staat. Allen Beteiligten war jedoch klar, daß es zumindest eines überregionalen Finanzkonzeptes bedarf, um die Aufgaben finanzgünstigst zu lösen. Dabei müssen, so wurde übereinstimmend festgestellt, zunächst einmal die Methoden und Arten der Steueraufbringung rationalisiert werden.

Von der oft geübten Praxis der Subventionen an die Städte empfahlen die Delegierten allgemein abzugehen, den Entschädigungen für Ausfälle (auf Grund überregionaler Forderungen) sprachen sie hingegen das Wort: die Verursacher sollen zum Ersatz herangezogen werden.

Die Empfehlungen gipfelten schließlich in nachstehenden Punkten:

Erschließung neuer Quellen an Stelle von Zuwendungen staatlicher Organe.

Dort wo Zuwendungen unerläßlich sind, mögen sie gesetzlich verankert werden, noch günstiger wäre eine Einigung "anteilmäßig".

"Besteuerung der Dienstleistungen hätten vor direkten Steuern zu rangieren und im übrigen sei mehr Forschung hinsichtlich der Methoden der Steuerfindung zu betreiben.

### Finanzierung der kommunalen Investitionen

Generalsekretär Pitseys von der Belgischen Kommunalkreditbank stellte in seinem abschließenden Bericht für die Schlußsitzung über die Arbeiten der Gruppe 3, die sich mit der Finanzierung der kommunalen Investitionen befaßt hat, nach einer kurzen Wiedergabe der Debatten zuerst fest, daß auch in diesem Bereich die Lage in den verschiedenen Ländern eine sehr große Diversität aufweise. Besonders die sehr schwierigen Probleme der Gemeinden in den Entwicklungsländern bedürfen einer weiteren tiefschürfenden Untersuchungsarbeit. Aber auch in den reichen Ländern der Welt gibt die Verschuldungslage der Städte und Gemeinden zu großen Sorgen Anlaß, und der Berichtstatter forderte die Wissenschaftler auf, sich eingehend mit dem Problem der Verschuldungsgrenze zu beschäftigen.

Auch in der Arbeitsgruppe über die Investitionsfragen wurde wiederholt das Problem des Verhältnisses zwischen Regierung und Gemeinden gestreift; der Redner setzte sich in seinem Bericht für eine Partnerschaft zwischen Staat und Kommune ein.

### Neue Methoden der finanziellen Verwaltung

Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe D gipfelte in der Empfehlung, eine tiefgreifende Reform des Steuerwesens im kommunalen Bereich anzustreben. Dazu müßten allerdings in erster Linie die Beamten selbst erst zu höherwertigen Beschlüssen "bereitgemacht" werden: die Technik solle mehr genützt, die Öffentlichkeit mehr engagiert werden. Organisations- und Methodenstudien wären hiezu unerläßlich. Voraussetzung für ein wirksames Umdenken: eine engere Zusammenarbeit zwischen politischen Mandataren - die nicht bloße Impulsgeber sein sollen - und Beamten - die nicht bloße Exekutoren darstellen mögen.